

Soziologisches zur Pandemie IV

von *Andreas Häckermann*

Eine Sammlung aktueller Wortmeldungen

Auch Christian Lindner konsultiert Reckwitz. Zumindest steht dessen jüngstes Buch in seinem Home-Office-Regal, wie die FAZ uns wissen lässt. Offenbar erfasst die Reichweite soziologischer Expertise inzwischen gewisse Teile der politischen Elite des Landes. Faktisch hat sich der Radius während der zurückliegenden Wochen sogar noch erweitert: Denn die ‚Zunft‘ war nicht nur in Person des Münchener Soziologieordinarius Armin Nassehis an der Stellungnahme der Leopoldina beteiligt und wird zunehmend in die Pandemieforschung eingebunden,[1] sie schaltet sich auch weiterhin rege in den öffentlichen Diskurs zur Pandemie und ihren Konsequenzen ein. Mit Blick auf tatsächliche oder zukünftige gesellschaftliche Folgewirkungen der derzeitigen Situation erfragt die Tages- und Wochenpresse ungebrochen soziologischen Rat, während sich diverse Vertreter*innen methodisch geschulter Gesellschaftsbeobachtung auch in Eigeninitiative zu Wort melden.

Zu ihnen zählt Andreas Reckwitz höchst selbst, der schon vor zwei Wochen in einem kurzen Essay für den *Tagesspiegel* seine Beobachtungen zum staatlichen „Risikomanagement“ skizzierte (und in einem Interview für die gleiche Zeitung vor einigen Tagen wiederholte). Für den Berliner Kultursoziologen und Zeitdiagnostiker manifestiert sich gegenwärtig eine auch aus der Geschichte bekannte und in ihrer Paradoxie einschlägige Dynamik: Die Maßnahmen zur Eindämmung *eines* Risikos kreieren unwillkürlich neue Risiken, was zur Konstellation einer „Risikokonkurrenz“ führe. In der momentanen Situation sei das überdeutlich: „Die systematische Verfolgung des Ziels, die Ausbreitung des Virus zu minimieren, bringt mindestens drei unerwünschte Folgen und Risikozonen mit sich: Einschränkung von Persönlichkeitsrechten; erhebliche ökonomische Verwerfungen; psychische Probleme infolge der Einschränkung der Bewegungsfreiheit.“ Je deutlicher sich nicht zuletzt die Gefahr einer ökonomischen Katastrophe abzeichne, desto komplexer stelle sich die politische Risikoabwägung dar.[2] Der schon erwähnte Armin Nassehi identifiziert dementsprechend in seinem WZB-Vortrag „starke epistemische Zielkonflikte“ und sieht die Soziologie in der Pflicht, die Politik mit ihren Mitteln bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen (ein gekürzter Abdruck seiner Einlassungen findet sich ebenfalls im *Tagesspiegel*). Wie diese Variante von Aufklärung unter anderem aussehen kann, zeigen Rainer Schnell und Menno Smid, die an gleicher Stelle epidemiologische Erhebungsmethoden kritisch reflektieren.

Folgt man WZB-Direktorin Jutta Allmendinger im *Spiegel*, dann wird das Gelingen des Risikomanagements zentral darüber entscheiden, ob die Politik auch weiterhin über die zentrale Ressource verfügt, die sie derzeit überhaupt handlungsfähig macht: das öffentliche „Vertrauen“. Dies, nicht „Solidarität“ sei der zentrale Begriff zum Verständnis der Situation: „Solidarität folgt einem einfachen Mechanismus: Bestimmte Güter werden von einer Gruppe der anderen übergeben, es sind einseitige, unbedingte Leistungsangebote. Meist hält die Bereitschaft nicht lange vor, Solidarität leiern schnell aus. (...) Solidarisch kann man sein, ohne eine Gegenleistung zu erwarten. Vertrauen aber basiert auf Erwartungen.“ Um derartige Erwartungen nicht zu enttäuschen, brauche es „eine geschlossene Politik des Vertrauens.“ Frei übersetzt heißt das nichts anderes, als dass die Politik den Vertrauensvorschuss mit Gegenleistungen wird beantworten müssen, insbesondere was die laut gewordenen Ansprüche der ‚systemrelevanten‘ Berufe anlangt, aber sicherlich auch mit Blick auf die Sekuritäts- und Orientierungsbedürfnisse der jungen Generation (siehe zu Letzterem den Beitrag von Gerald Wagner in der FAZ).

Über ‚systemrelevante‘ Berufe wird derzeit ungewöhnlich viel geredet. Mit denen, die sie ausüben, haben bereits vor der Pandemie Christine Wimbauer und Mona Motakef gesprochen. Im *Tagesspiegel*-Interview zu ihrer jüngst veröffentlichten Studie (auf *Soziopolis* bereits von Charlotte Nell rezensiert), verdeutlichen die Berliner Soziologinnen die nicht nur ökonomisch, sondern auch mental prekäre Situation vieler Arbeitnehmer*innen im Niedriglohnsektor: „Bei den meisten ist es so: Sie arbeiten recht hart und ihr Geld reicht trotzdem nicht. Es zahlt sich nicht aus, wird nicht angesehen.“ Die fehlende Anerkennung manifestiere sich in einem Grundgefühl des Scheiterns: „Selbst wenn sie aufstocken müssen, weil sie schlecht bezahlt werden, schämen sich die Menschen. Statt es als den Skandal zu sehen, der es ist.“ In einem Zwischenfazit ihrer fortlaufenden Online-Erhebung zu den Folgen der Pandemie im Bereich Erwerbsarbeit bestätigen Mareike Bünning und Lena Hipp die zusätzliche Belastung der großenteils weiblichen Arbeitnehmer*innen im Care-Sektor, unter anderem durch Aufweichung von ohnehin niedrig angelegten Personaluntergrenzen (Hier geht es zur Online-Umfrage). Auf den allgemeinen Zusammenhang von Ungleichheit und Gesundheit verweist ergänzend dazu der Hallenser Medizinsoziologe Matthias Richter im Interview für die *Zeit*.

Im Vertrauensvorschuss, den ein Großteil der Bevölkerung den staatlichen Institutionen zugesteht, erkennt Wilhelm Heitmeyer im DLF-Interview auch eine strukturelle Gefahr – denn Institutionen hätten, wie der Bielefelder Soziologe prägnant betont, „kein Gedächtnis“: „[W]enn Macht mal ausgedehnt ist, geben solche Institutionen ihre Macht nicht freiwillig wieder her. Das ist die Erfahrung aus der Geschichte und da müssen wir höllisch aufpassen.“

Gesellschaftsromantische Vorstellungen führten in die Irre, vielmehr sei durchaus möglich, dass die derzeit suspendierten bürgerlichen Freiheiten schon bald mühsam zurück erkämpft werden müssen. Christian Geulen fragt sich derweil, inwiefern gegenwärtige Gesellschaften überhaupt noch in der Lage sind, *nicht* im Dauerzustand der Krise zu denken und zu leben.

Die Dominanz der Politik und ihres epidemiologischen Imperativs ist auch aus Sicht systemtheoretischer Vertreter*innen zumindest in der jüngeren Geschichte ohne Beispiel. Indem die „ganze jenseits des Krankheitssystems noch verbleibende Gesellschaft“ dem alleinigen Wert des individuellen Lebensschutzes verpflichtet werde, etablierte sich, so Rudolf Stichweh schon am 7. April in seinem Beitrag für die FAZ, „eine radikal vereinfachte politische Entscheidungsrationale“, die gleichwohl fast ohne Erfahrungswissen auskommen müsse. Die damit ‚traditionslos‘ vollzogene Zwangsentdifferenzierung einer hochkomplexen funktional differenzierten Gesellschaft, die Neutralisierung aller Subsysteme im Zeichen der „Letztbedeutsamkeit der Gleichbehandlung und Lebenserhaltung des einzelnen Individuums“ lasse letztlich nur die Familie als Residualsystem unangetastet. Dabei würden Familien freilich als „unrealistisch stabil“ vorgestellt.[3] Dirk Baecker teilt diese Beobachtung im Interview für den *Standard*: „Unsere Gesellschaft lebt nicht nur davon, dass man Arbeit hat und Geld verdienen kann, sondern davon, dass man zwischen Arbeit und Freizeit, Politik und Religion, Kultur und Wissenschaft, Massenmedien und Alltag wechseln kann. Wenn dieser Wechsel fortfällt, wird es eng - im wahrsten Sinne des Wortes.“

Enge und Weite verweist metaphorisch auch auf eine Grundproblematik von Normen und ihrer Ausgestaltung. Wie Andreas Diekmann in seinem Plädoyer „für ein Vermummungsgebot“ im *Freitag* betont, gehe es in der gegenwärtigen Situation vor allem um „Kooperationsnormen“, die allgemein nicht durch Eigeninteresse, sondern durch Stigmatisierung motiviert würden. Wenn solche Normen „in der Bevölkerung als legitim gelten, wenn die Befolgung sichtbar und sozial kontrollierbar ist und wenn eine kritische Masse erreicht ist, stehen die Chancen gut für einen Prozess ‚kollektiven Lernens‘.“ Seit geraumer Zeit spielt ‚Nudging‘ in diesem Kontext als Zauberformel der Normbefolgungssteuerung keine unbedeutende Rolle. Wie es um diese Art von Auslösungskausalität gegenwärtig steht, thematisiert ein Interview der *Welt* mit Robert Lepenies, seines Zeichens Ökonom und ‚Nudging-Experte‘. Auch Fotos von leeren Regalen, so zeigen Hande Erkut, Steffen Huck und Johannes Leutgeb, sind in ihrer Bedeutung für das Konsumverhalten kaum zu unterschätzen.

Im Parsonschen Register, so lässt sich anhand des jüngsten Beitrags von Ulrich Bröckling für *Soziopolis* beobachten, wird mit ‚Nudging‘-Strategien eine strukturelle Kopplung des konformitätsorientierten Handlungsprinzips mit jenem der individuellen Nutzenmaximierung angestrebt. Mit Blick auf die gegenwärtige Situation erkennt Bröckling jedoch, dass die noch immer geläufige Vorstellung einer Gesellschaft, die allein dem Optimierungsimperativ verpflichtet ist, zunehmend von den Tatsachen widerlegt wird: „Prävention und Präemption verdrängen Perfektionierung, Nachhaltigkeit wird wichtiger als Steigerung, und an die Stelle unternehmerischer Antizipation von Kundenerwartungen treten Strategien des Coping mit wechselnden Gefährdungslagen.“ Zwar seien auch solche Strategien nicht frei von Optimierungsambitionen. „Im Hinblick auf ihre affektive Aufladung und die in Anschlag gebrachten Praktiken“ mache es jedoch „einen großen Unterschied, ob die Optimierung unter positivem oder negativem

Vorzeichen steht. Dispositive der Angst und Sorge operieren anders als jene, die den Ehrgeiz kitzeln oder mit Versprechen von Erfolg, Wohlstand und Gesundheit locken.“

Abschließend sei in dieser Woche auf zwei Formate Berliner Provenienz hingewiesen, die in dieser Schau noch nicht zur Sprache gekommen sind: Zum einen die Podcast-Serie des Weizenbaum-Instituts, die bis dato zwei Folgen hervorgebracht hat. Die erste behandelt Globale Wertschöpfungsketten, die zweite Desinformation. Zum anderen haben unsere Kolleg*innen von H-Soz-Kult das Format Corona-Lektüren initiiert, für das Historiker*innen in loser Folge medizingeschichtliche Bücher und Aufsätze kommentierend empfehlen.

Fußnoten

[1] Das gilt zumindest für die USA, wo ein Team der Northwestern University um Beth Redbird vergangene Woche mit dem “COVID-19 Social Change Survey” beauftragt wurde. In einem Beitrag für den *Tagesspiegel* fordert Regina Riphahn ähnliches hierzulande im Auftrag des Bundes: „Die DFG hat eine interdisziplinäre Förderlinie ausgeschrieben und das Nationale Netzwerk des BMBF will Raum für die Erforschung sogenannter ‚Nicht-Pharmakologischer Interventionen‘ bieten. Es ist wichtig, dass die geplante Nationale Taskforce des BMBF disziplinübergreifend aufgestellt wird und dass gesellschaftswissenschaftliche Forschung eine starke Rolle hat.“

[2] Ähnlich beobachtet das für den französischen Fall Henri Bergeron von der Pariser Sciences Po in seinem jüngsten Interview für *Le Monde*: „Nous sommes passés à un moment plus politique.“

[3] Ein PDF-Scan des Artikels findet sich hier.